



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 22. Juni 2022

254. 2022/84

Weisung vom 16.03.2022:

Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2021, Genehmigungen und Kenntnisnahmen

Antrag des Stadtrats

1. Die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2021 der Stadt Zürich werden genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2021 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zu belastenden Jahresverlust von 136 379,65 Franken wird genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2021 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt wird genehmigt.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 13. Juni 2022

Eintretensdebatte:

Felix Moser (Grüne) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2021 vor: Als Vizepräsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK) darf ich Ihnen die Weisung vorstellen, da der Präsident verhindert ist. Die RPK hat die Jahresrechnung 2021 gemäss Artikel 60 der Geschäftsordnung des Gemeinderats Zürich geprüft. Die finanztechnische Prüfung wurde von der Finanzkontrolle der Stadt Zürich vorgenommen. Der Revisionsbericht der Finanzkontrolle datiert vom 2. Mai 2022. Die RPK verzichtet darauf, die grundlegenden Kennzahlen der Rechnung ausführlich zu wiederholen. Sie finden dies alles im ersten Kapitel der Rechnung. Die Rechnung 2021 ist seit der Umstellung auf den neuen Rechnungslegungsstandard HRM2 per 1. Januar 2019 der dritte Abschluss,



der auf dem neuen Standard basiert. Damit stehen zwei Vorjahresrechnungen zum Vergleich zur Verfügung. Die Erfolgsrechnung 2021 verzeichnet bei einem Aufwand von 9,294 Milliarden Franken und einem Ertrag von 9,414 Milliarden Franken inklusive internen Verrechnungen von 883 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von 120,1 Millionen Franken. Im Budget 2021 gemäss Beschluss des Gemeinderats war ein Aufwandüberschuss von 185 Millionen Franken vorgesehen. Unter Berücksichtigung des Nachtragskredits von 51 Millionen Franken sowie den Globalbudgetergänzungen von 58 Millionen Franken ist das Ergebnis 2021 um 415,5 Millionen Franken besser ausgefallen als budgetiert. Das Ergebnis ist somit trotz der weiterhin spürbaren Auswirkungen der Pandemie positiv ausgefallen. Während dem Stadtrat bei den Aufwandseiten praktisch eine Punktlandung gelungen ist, ist der Ertrag 465 Millionen Franken über Budget gelegen. Das ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen auf einen höheren Ertrag aus dem Energiehandel. Dem stand auch ein höherer Aufwand gegenüber, der seinerseits durch andere mindere Aufwendungen kompensiert wurde. Zum anderen ist es auf einen höheren Steuerertrag zurückzuführen. Vor allem der Steuerertrag der natürlichen Personen hat sich erfreulich entwickelt, war er doch mit 1,973 Milliarden ganze 210 Millionen Franken höher als im Vorjahr und um 48,4 Millionen Franken höher als budgetiert. Einen Rückgang gab es beim Steuereingang der juristischen Personen. Mit 816,5 Millionen Franken war dies 115 Millionen Franken unter dem Vorjahr, aber immerhin 93,4 Millionen Franken über dem Budget. Zu den Investitionen des Verwaltungsvermögens: Die Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen betragen für das Rechnungsjahr 2021 1,952 Milliarden Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 78,2 Prozent, was leicht über dem Vorjahreswert von 77,1 Prozent liegt. Die Eigenwirtschaftsbetriebe haben Betriebsergebnisse von 175,5 Millionen Franken erzielt, zuzüglich der Gewinnablieferung des Elektrizitätswerks (ewz) von 80 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen betragen bei einem Selbstfinanzierungsgrad von 83,7 Prozent 492 Millionen Franken. Zur Bilanz: Bei den Aktiven hat das Finanzvermögen im Berichtsjahr um 121,5 Millionen Franken zugenommen und das Verwaltungsvermögen um 592,3 Millionen Franken. Auf der Passivseite hat das Fremdkapital um 350,4 Millionen Franken zugenommen. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten konnten hingegen von 4,487 auf 4,391 Milliarden Franken gesenkt werden. Das Eigenkapital beträgt 6,159 Milliarden Franken. Davon sind 1,6 Milliarden Franken dem zweckfreien Eigenkapital zuzurechnen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht genau einem Ertragsüberschuss von 120 Millionen Franken. Die RPK hat der Verwaltung wie üblich zahlreiche ergänzende Fragen zur Rechnung gestellt. Die Rückfragen wurden von der Verwaltung fristgerecht beantwortet. Auf einige Einzelaspekte möchte die RPK im Folgenden näher eingehen: Das Verwaltungsgericht hat am 9. Dezember 2021 eine Beschwerde der Stadt Zürich abgewiesen, mit der sich der Stadtrat gegen den vom Regierungsrat gefällten Entscheid zur Wehr gesetzt hatte, weil die Wertberichtigung des Stadtsitals Triemli in der Höhe von 175 Millionen Franken nicht bewilligt wurde. Das entsprechende Urteil ging bei der Stadt Zürich am 6. Januar 2021 ein und ist inzwischen rechtskräftig. Bei der vom Stadtrat publizierten Rechnung 2021, auf die wir uns beziehen, sind die finanziellen Auswirkungen noch nicht berücksichtigt. Der Stadtrat hat angekündigt, bis zum 30. Juni 2022 korrigierte Rechnungen für die vergangenen drei Jahre beim Gemeindeamt des Kanton Zürichs einzureichen. Mit dieser Korrektur wird sich das zweckfreie Eigenkapital rückwirkend ins Jahr 2019 um 175 Millionen Franken erhöhen. Umgekehrt steigen nach Angabe des



Stadtrats aber auch die jährlichen Abschreibungen um rund 7,6 Millionen Franken. Demzufolge dürfte das zweckfreie Eigenkapital nach diesen Korrekturen per Ende 2021 bei rund 1,817 Milliarden Franken liegen. Anders als noch im Vorjahr hat der Stadtrat darauf verzichtet, die finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie exakt auszuweisen. Generell hält der Stadtrat fest, dass die Pandemie die Stadt auch im Jahr 2021 finanziell belastet hat: aufgrund der Einschränkungen im Kulturbereich, aufgrund des Drei-Drittel-Modells bei den Gewerbemieten sowie wegen der Folgen für die Stadtspitäler, die Alters- und Pflegezentren und Angebote im Spezialbereich. Die RPK begrüsst die vom Stadtrat getroffenen Massnahmen. Insbesondere auch diejenigen zur Unterstützung des Gewerbes und der damit verbundenen Sicherung der Arbeitsplätze. Bei der Budgetierung von Dividenden ist der RPK aufgefallen, dass Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) – insbesondere ERZ Abwasser und ERZ Fernwärme – mehrere Dividenden, die die Stadt erhalten hat, nicht budgetiert hatte. Die RPK begrüsst es, dass ERZ auf Nachfrage die Dividenden künftig budgetiert. Selbstverständlich ist es möglich, dass eine Dividende tiefer ausfällt als erwartet oder ganz entfällt, aber man dürfte mit der Budgetierung der erwarteten Dividenden näherkommen, als mit einem vollständigen Verzicht auf Budgetierung. Abweichungen von Soll- und Ist-Stellenwert: Bei zahlreichen Dienstabteilungen war die Anzahl der besetzten Stellenwerte im Jahr 2021 deutlich unter den bewilligten Sollstellen. Der Stadtrat hat in den Antworten häufig die Pandemie als Grund für die Differenz angegeben. Die RPK hat Verständnis für diese Ausnahmesituation. Gleichzeitig soll die Differenz zwischen Soll- und Ist-Stellenwert mittelfristig kleiner werden, sei es durch einen Verzicht auf die nicht benötigten Soll-Stellen oder durch die effektive Besetzung der Stellen. Sorge bereiten der RPK in diesem Zusammenhang die zahlreichen nicht besetzten Pflegestellen in den Stadtspitälern Triemli und Waid sowie in den Pflegezentren. Die RPK fordert den Stadtrat auf, die Anstrengungen zur Besetzung der erwähnten Stellen zu intensivieren, schliesslich droht ein Leistungsabbau und unnötige Kosten durch zusätzliche Temporärstellen. Umgekehrt ist bei anderen unbesetzten Stellen – nicht nur, aber insbesondere auch bei der inneren Verwaltung – kritisch zu hinterfragen, ob ein gutes Leistungsangebot nicht mit den aktuellen Ist-Stellen und demzufolge mit einem Abbau der Soll-Stellen möglich wäre. Beim Cluster Energie des ewz hat die RPK gemäss Reglement über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung den Auftrag, das Riskmanagement im Bereich Kauf und Verkauf jährlich zu kontrollieren. Die RPK hat sich am 14. März 2022 vom Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe (DIB), vom Direktor ewz, dem Leiter Finance und Controlling, dem Leiter Energie und dem Leiter Handel- und Bewirtschaftung über die Handlungsaktivitäten des städtischen Elektrizitätswerks informieren lassen. Aufgrund der Unterlagen, die der RPK vorliegen, gibt es trotz deutlich gestiegenen Umsätzen keinen Anlass zur Annahme, dass das ewz nichtvertretbare Risiken eingeht. Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) hat das Personalbudget um gut 378 000 Franken überschritten. Begründet wird dies mit Funktionsstufenanpassungen sowie Anstellungen von Praktikantinnen und Praktikanten. Die RPK kann diese Begründungen nur schwer nachvollziehen. Es kann doch von einer Dienstabteilung erwartet werden, dass sie die Anzahl Stellen und Funktionsstufen korrekt budgetiert. Selbst wenn im Laufe des Jahres aus wichtigen Gründen zusätzliche Stellen erforderlich wären, ist ein Nachtragskredit zu beantragen. Beides ist nicht geschehen. Zum Ausblick: Nach der Korrektur der Jahresrechnung 2021 wegen einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts wird das zweckfreie



Eigenkapital der Stadt Zürich voraussichtlich über 1,8 Milliarden Franken betragen. Damit hat die Stadt Zürich die Pandemiejahre 2020 und 2021 finanziell gut überstanden und steht finanziell gesund da. Doch bleiben Unsicherheiten und Herausforderungen. Zum einen ist die Stadt Zürich als global vernetzte Stadt stark von den kurzfristig womöglich eher gedämpften Entwicklungen der Weltwirtschaft betroffen. Zum anderen steht die Stadt auf lokaler Ebene vor finanziellen Herausforderungen. Zu erwähnen ist das beschlossene Netto-Null-Ziel, dessen Umsetzung ohne erhebliche Investitionen nicht möglich sein wird. Die RPK bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die zeitnahe Beantwortung der zahlreichen Rückfragen. Bei der Finanzkontrolle bedankt sich die RPK für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung von RPK und GPK über die getätigten Kontrollen. Schliesslich dankt die RPK der Kommissionssekretärin Doris Fischer für die sorgfältige Arbeit und die grosse Unterstützung der RPK-Mitglieder bei der Kommissionsarbeit.

Eintreten ist unbestritten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich muss ehrlicherweise sagen, Felix Moser (Grüne) tut mir leid. Die Gemeinderäte sind bei weitem nicht beschlussfähig, es sind nur wenige Mitglieder anwesend. Insgesamt ist die Rechnung erfreulich, es gibt wenig zu mäkeln, die Stadt schliesst positiv ab. Sie konnte ein weiteres Jahr das Eigenkapital erhöhen und das Fremdkapital abbauen. Es ist ihr gelungen, all ihre Leistungen zu erbringen. Wo Stellen nicht besetzt werden können, liegt das daran, dass es sich als schwierig herausstellt, an die Leute zu kommen. Ich denke, dass sie sich zunehmend daran gewöhnen müssen, dass dies wegen dem Mangel an qualifizierten Fachkräften immer schwieriger wird. Erfreulich ist, dass es der Stadt gelungen ist, Leistungen zu erbringen. Die Grossleistung wurde von Bund und Kanton erbracht. Der RPK-Vizepräsident hat auf einige Faktoren hingewiesen, die in diese Rechnung hineingespielt haben. Was uns stark geprägt hat, ist der kantonale Finanzausgleich. Es ist ein starker Hebel, der eine Rechnung komplett anders aussehen lassen kann. Wir wissen dies aber so spät, dass ich es definitiv aufgegeben habe, im Dezember eine Einschätzung abzugeben, wie die Erwartungsrechnung ausfallen wird. Insgesamt kann man sagen, die Stadt steht gut da. Dies wurde auch extern bestätigt: Wir haben mit AA+ das zweitbeste Rating erhalten, das man überhaupt erhalten kann, und im kurzfristigen Rating ebenfalls das Maximum. Das ist sehr erfreulich und zeigt, dass die Stadt handlungsfähig ist. Sie konnte in dieser Krise helfen, Sicherheit ausstrahlen und Unterstützung leisten, ohne dass sie selbst ins Schwitzen kam. Das war ein wichtiger Faktor, der gleichzeitig kontinuierliche Leistung an die Standortattraktivität für alle erbracht hat. Aber allen Leuten recht getan ist eine Kunst, die niemand kann. Ich bin sehr gespannt, auf wie hohem Niveau wir in den nächsten Minuten an dieser Rechnung rummäkeln.*

Kommisionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 1:

Felix Moser (Grüne): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der vorliegenden Rechnung so zugestimmt werden kann. Mit einem Ertragsüberschuss von 120 Millionen*



und einem neuen Eigenkapital von 1,6 beziehungsweise 1,8 Milliarden Franken, wenn das Triemli eingerechnet wird, steht die Stadt Zürich trotz Pandemie finanziell sehr gut da. Die Rechnung ist formell korrekt und auch inhaltlich können wir von der Kommissionsmehrheit der Rechnung so zustimmen.

Johann Widmer (SVP): Die Stadt steht gut da, der Steuerzahler ist aber der Verlierer. Die SVP lehnt die Rechnung 2021 ab, insbesondere weil die SVP mit der Finanz- und Ausgabenpolitik der linken und grünen Regierung nicht einverstanden ist. Die links-grüne Regierung ist das Resultat eines Durchmarsches durch die Institutionen. Ihr habt eure eigene Sache verraten, seid an der Macht und stehlt der Bevölkerung das Geld aus der Tasche, um eure politischen Steckenpferde zu finanzieren. Ihr finanziert mit Geld, das euch gar nicht gehört, Sachen, die keine Staatsaufgaben wären. Nehmt den linken Politikern endlich das Geld weg. In den letzten Jahren präsentierte der Stadtrat regelmässig ein Budget mit einem Ausgabenüberschuss. Im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) für die nächsten vier Jahre wird eine düstere Prognose der dauernden Defizite von rund 200 Millionen Franken dargestellt und das Eigenkapital der Stadt wäre bis ins Jahr 2028/29 aufgebraucht. Aufgrund von solchen Prognosen ist es völlig klar, dass nicht einmal die SVP eine Steuerreduktion fordern kann. Bei der Präsentation der Rechnung 2021 hat der Stadtrat 120 Millionen Franken Ertragsüberschuss statt einem prognostizierten Defizit von 250 Millionen Franken verkünden können. Das Eigenkapital ist gewachsen und langfristige Schulden konnten um 94 Millionen Franken reduziert werden. Das Bild zeigt sich seit sechs Jahren. Zuerst düstere Prognosen, dann ein Ertragsüberschuss in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. Ein solches Resultat kann nur eines bedeuten: Der Stadtrat schöpft beim Bürger und den Firmen seit Jahren zu viel Geld ab. Der Stadtrat hält entgegen, dass die Differenz von etwa 350 000 Franken nur eine Unschärfe zwischen Budget und Rechnung von etwa 3 Prozent ist. Von daher sei dies vertretbar. Leider glauben wir ihm das nicht mehr, weil ein derart konsequentes Verrechnen und Prognostizieren nur System haben kann. Natürlich schliessen wir Inkompetenz aus. Nicht genug, dass das Eigenkapital aufgehäuft wird, die links-grüne Stadtzürcher Regierung verschleudert auch jedes Jahr viel Geld. Ich kann Beispiele aufzeigen, wo sofort gespart werden könnte: Bei der Tagesschule gibt es in diesem Rat permanent Nachtragsforderungen, sodass sie bald ein Mehrfaches von dem kostet, was die Bevölkerung an der Urne wusste. Es wären 100 Millionen Franken Einsparungen angezeigt. Eine überteuerte Sozialindustrie verlockt ebenfalls viel Geld bei oft fragwürdigem Nutzen: Von den 303 Millionen Franken für Soziale Dienste könnte man etwa 150 Millionen Franken streichen. Die Kulturausgaben von 105 Millionen kann man ohne Verlust für die Stadt streichen. Es braucht keine Staatskunde und keine Steckenpferde des Stadtrats. Vorsicht auch bei den angekündigten Kosten für die Klimaprojekte. Die Grünen wollen 12 Milliarden Franken für Massnahmen verschleudern, wobei der Nutzen äusserst umstritten ist. Das ist nach der erfolgreich aufgebauchten Sozialindustrie das nächste Lügenkonstrukt der Politik, womit dem Bürger Geld aus der Tasche gestohlen und in die Tasche des grünen Politikers gelenkt wird. Für das Klima nützt es bekanntlich nicht viel, viel zu klein ist die Wirkung der Stadt Zürich und viel zu gross sind die Kosten. Die SP pumpt Milliarden Franken in bezahlbaren Wohnraum. Wenn man es ausrechnen würde, würde eine solche Wohnung über 2 Millionen Franken kosten, wenn es nach dem Willen



des links-grünen Stadtrats geht. Was ist sozial? Wie ist das günstig? Wie ist dies bezahlbar? Somit könnte man, ohne dass die Stadt Schaden erleiden würde oder in der Funktion eingeschränkt wäre, etwa 350 Millionen Franken im nächsten Budget sparen. Ihr habt verloren. Einst wart ihr die treibende Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit. Nun seid ihr Treiber der sozialen Ungerechtigkeit. Ihr stehlt den tüchtigen, unteren und mittleren Einkommen das Geld aus den Taschen und finanziert damit eure Klientel. Das ist Vetternwirtschaft oder Nepotismus. Das ist asozial. Mindestens 350 Millionen Franken ab dem nächsten Budget sparen und keine horrenden Einnahmeüberschüsse mehr. Wir kritisieren seit Jahren den hohen Steuerfuss von 119 Prozent. Das gibt Steuereinnahmen von etwa 1,9 Milliarden Franken bei den natürlichen Personen. Das ist ein Rekordhoch, trotz Pandemiejahr. Gleichzeitig demaskiert der Rechnungsabschluss eure Finanzpolitik. Der Steuerfuss wird mit dem Budget im Dezember beschlossen, immer dann, wenn der Finanzvorstand das Schauspiel der klammen Stadt Zürich mit Defizit gibt. Dies in einer Zeit, in der die Inflation drückt, die Preise steigen, Energie und Benzin teurer werden. Der Gemeinderat müsste in der nächsten Budgetdebatte eine Steuersenkung beschliessen. Aus diesen Gründen können wir die Rechnung nicht gutheissen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Sie können den Stadtrat hier viel kritisieren und haben bestimmt auch manchmal einen Punkt. Aber heute Abend haben Sie mehrmals von «stehlen» und «in die Tasche wirtschaften», also von Korruption, gesprochen. Das ist hoch unanständig. «Klauen» ist ein Straftatbestand. Sie hätten dies nicht nötig. Sie und Ihre Fraktion beklagen sich häufig über eine gewisse Wortwahl. Ich bitte Sie dies zu unterlassen.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Wir haben eine Rechnung, die mit 120 Millionen Franken Überschuss abschliesst; etwas, das ich so nicht erwartet hätte. Ich mag mich sehr lebhaft an unsere Debatte zum Budget 2021 erinnern. Ich habe nicht mit Kritik gespart, wir fanden das Budget überrissen. Das Budget ging von einem Bevölkerungs- und Steuerwachstum aus, obwohl man nicht genau wusste, wo man steht. Ich habe damals gebetet, dass es für STR Daniel Leupi gut kommt und meine Vaterstadt nicht zugrunde geht. STR Daniel Leupi hat mit dieser Rechnung recht erhalten und ich bin sehr froh, dass es Zürich finanziell gut geht. Die Pandemie hat der Stadt finanziell nicht so viel anhaben können. Das hat viel damit zu tun, wie sie wirtschaftlich aufgestellt ist: Wir haben einen Finanzplatz. Während der Pandemie haben die Nationalbanken Geld produziert und das Geld musste irgendwo hin. Das Geld ist an den Gravitationspunkt Zürich geflossen. Es musste eingesammelt, gezählt und neu verteilt werden. Jedes Mal hat unser Finanzplatz Wertschöpfung im grossen Stil erbracht. Die Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft und insbesondere auch die Massnahmen zur Stützung des Konsums haben die Stadt Zürich und ihre Wirtschaft durchgebracht. Wenn Sie in die Jahresrechnungen anderer Städte schauen, sehen Sie, dass es auch ihnen nicht schlecht ging und sie ähnliche Erfahrungen machten, obwohl diese konservativer budgetiert haben. Wenn man den unverstellten Blick auf diese Jahresrechnung richtet, sieht man, die Stadt Zürich schwimmt im Geld. Ich komme auf eine inhaltlich ähnliche Kritik wie mein Vorredner, obwohl ich*



sie grundlegend anders formulieren würde. Die Stadt Bern hat 130 000 Einwohnende. Es gibt ein Tram, geöffnete Badeanstalten, eine Wohnungsnot, es wird urbanisiert, die Parkplätze werden abgebaut und Tempo 30 eingeführt. Ziemlich identisch wie in Zürich. Es gibt ebenfalls eine rot-grüne Regierung und Mehrheit. Zürich hat dreimal mehr Einwohnende, aber fünfmal mehr Steuerertrag von natürlichen Personen. Zürich hat 12-mal mehr Steuerertrag von juristischen Personen und 24-mal mehr zweckfreies Eigenkapital als die Stadt Bern. Die Stadt Zürich schwimmt ganz offensichtlich im Geld. Müssen wir so viel Geld abschöpfen? Müssten wir nicht etwas bescheidener sein? Die Stadtverwaltung wächst über Gebühr. Darum wäre eine Steuersenkung im nächsten Turnus angebracht. Im letzten Jahr ist die Stadtverwaltung um rund 619 Vollzeitstellen gewachsen, während die Stadtzürcher Bevölkerung um 1600 Einwohnende wuchs. Dies ist ein eklatantes Missverhältnis. Da müssen wir uns fragen, ob dieses Wachstum Sinn ergibt.

Sven Sobernheim (GLP): *Der Abschluss ist erfreulich, aber die Differenz zwischen Budget und Rechnung zeigt, wie viel Luft in diesem Budget war. Es zeigt ebenfalls, dass der Stadtrat seine Verantwortung, ein Budget für die ganze Stadt vorzulegen und kein Buch aus neun Budgets, nur zum Teil wahrnimmt. Der Stadtrat muss mehr Verantwortung wahrnehmen bezüglich was budgetiert werden muss und was davon realistisch ist. Gibt es Projekte, die allenfalls nicht realisiert werden können, weil der Stadtrat diese mit seiner Mehrheit sowieso ablehnen wird? Es zeigt sich, dass alle Corona-Budgetierungen für nichts verwendet wurden und es ist wichtig, dass diese wieder aus dem Budget verschwinden. Nicht, dass diese Departemente dann finden, es sei gemütlich mit diesem Polster. Am Schluss sollten wir ein Budget erhalten, das weniger Luft als die Budgets 2017 oder 2018 hat. Wir müssen zugeben, dass dies kein städtisches Problem ist; der Kanton macht es gleich – trotz anderen Mehrheitsverhältnissen. Spannend finde ich, dass der Stadtrat den Abschluss unerwartet gut findet und sich gleichzeitig in seiner Strategie bestätigt fühlt. Der Stadtrat ist überrascht, dass seine eigene Strategie funktioniert. Wir haben in dieser Rechnung keinen Punkt gefunden, bei dem wir glauben, dass etwas nicht korrekt war. Deshalb können wir der Rechnung mit gutem Gewissen zustimmen, hoffen aber, dass das richtige Fazit aus diesem Jahr gezogen wird.*

Lisa Diggelmann (SP): *120 Millionen Franken Gewinn oder 416 Millionen Franken besser als budgetiert. Zum siebten Mal in Folge hat die Rechnung der Stadt Zürich mit einem Gewinn abgeschlossen. Das Eigenkapital konnte in dieser Zeit um rund 1000 Millionen Franken gesteigert werden – weit weg von der Fahrt in die Hölle, wie dies die SVP in der entsprechenden Budgetdebatte vorausgesagt hatte. Die Finanzen der Stadt sind top solide und bilden die finanzielle Basis für die Aufgaben, die auf uns zukommen. Es gibt einige Punkte, die auch in der SP für Kopferbrechen sorgen. Zum Beispiel sollten wir uns fragen, wieso zwischen Budget und Rechnung eine rekordverdächtige Diskrepanz von über 400 Millionen Franken klafft. Neben höher als budgetierten Steuereinnahmen, ist diese vor allem auf Coronaeffekte zurückzuführen. Der Stadtrat und der Gemeinderat haben zurecht ein Budget 2021 verabschiedet, das auf ein Worst-Case-Szenario vorbereitet war. Das ist zum Glück nicht eingetreten und so ist viel Luft im Budget hängen geblieben. An dieser Stelle ist der Stadtrat aufgefordert zu versuchen, das Budget für die kommenden Jahre wieder auf realistische Zahlen zu bringen und gern bewilligen wir in einem solchen Fall auch entsprechende Nachtragskredite. Ein weiterer*



Effekt ist die Nichtbesetzung von Stellen in Folge von Corona. Auf der einen Seite können so Minderausgaben getätigt werden und auf der anderen Seite besteht das Risiko, dass wichtige Dienstleistungen nicht mehr oder nur unzureichend erfüllt werden. Die Unterbesetzung geht auf Kosten der Gesundheit der Mitarbeitenden. Besonders bei den Stadtspitälern und Pflegezentren ist der Stadtrat aufgefordert, für genügend Personal zu sorgen und Versorgungsengpässe zu vermeiden. Sollte sich in anderen Abteilungen zeigen, dass der Sollbestand höher ist als effektiv benötigt, bitten wir den Stadtrat, den Stellenplan entsprechend anzupassen. Ein weiterer Punkt, der uns Sorgen bereitet, ist die Auswirkung der Steuerreform. So verschiebt sich die Steuerlast immer weiter von den juristischen Personen hin zu den natürlichen Personen. Natürliche Personen haben im Jahr 2020 noch 65 Prozent der direkten Steuern getragen, letztes Jahr ist dies bereits auf 71 Prozent angestiegen. Uns ist bewusst, dass die Stadt keinen direkten Einfluss nehmen kann. Jedoch ist es uns wichtig, dass die Entwicklung beobachtet wird. Die Stadt ist bisher gut durch die Pandemie gekommen. Das ist nicht zuletzt auf die von Stadtrat und Gemeinderat beschlossenen Massnahmen zurückzuführen. Die Massnahmen Gebührenerlass, Drei-Drittels-Modell und weitere haben dafür gesorgt, dass das Gewerbe trotz Pandemie weitermachen konnte. Auch wenn die Pandemie noch nicht vorbei ist, so kann ein positives Fazit gezogen werden. Trotz oder sogar wegen den Ausgaben konnte die Stadt in einem Krisenjahr Gewinn schreiben. Das zeigt einmal mehr: Das von einer linken Mehrheit des Gemeinderats verabschiedete Budget ist ein Grundstein für den finanziellen Erfolg der Stadt Zürich.

Markus Haselbach (Die Mitte): *Es ist erfreulich, dass die Rechnung im schwierigen Jahr 2021 im Plus geschlossen werden konnte. Trotz Pandemie haben die Steuereinnahmen der natürlichen Personen deutlich zugenommen, während die Steuereinnahmen der juristischen Personen ebenso deutlich abgenommen haben. Dem Stadtrat ist es trotz Mehrbelastungen durch die Coronapandemie gelungen, die Finanzen der Stadt Zürich im Gleichgewicht zu halten. Man darf wegen diesem Ergebnis nicht übermütig werden. Das Ausgabenwachstum ist weiterhin sehr genau unter Kontrolle zu halten. Die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Krise sind nicht absehbar, es könnte uns eine Rezession bevorstehen. Positiv sehen wir, dass der Stadtrat die Investitionen auf einem hohen Niveau gehalten hat und erneut langfristige Schulden abbauen konnte. Ein Punkt, der uns wichtig ist, ist die Abweichung von Soll- und Ist-Stellen. In vielen Bereichen, insbesondere in der Schule und in technischen Bereichen, ist es naheliegend, dass die nicht besetzten Stellen möglichst schnell besetzt werden sollten. Zu prüfen ist, ob auf einzelne Stellen in anderen Bereichen verzichtet werden könnte. Es wäre zu hoffen, dass sich dank der Digitalisierung an einigen Orten auch die anfallende Arbeit reduziert. Die Fraktion der Mitte und der EVP wird die Rechnung 2021 genehmigen.*

Johann Widmer (SVP): *STR Daniel Leupi, Sie wissen genau, wie das gemeint ist mit «der Staat klaut dem Bürger das Geld aus der Tasche». Es wäre angezeigt, dass Sie Metaphern erkennen. Lesen Sie einmal gute liberale wirtschaftswissenschaftliche Schriften. Was Sie mit den hohen Steuern veranstalten, ist nicht recht. Sie dürfen dies interpretieren, wie Sie wollen.*



Samuel Balsiger (SVP): Zwischen der Rechnung 2020 und der Rechnung 2021 klafft eine Differenz von 500 Millionen Steuerfranken. In einem Jahr haben Sie es geschafft, das jährliche Budget mit Ihrer Politik hinaufzutreiben. Sie feiern dies vielleicht als Erfolg. Man hat von linken Parteien gehört, dass es schön sei, dass der Staat so viele Steuergelder einnehmen kann und wie gut die Stadt aufgestellt sei. Jedes Mal, wenn Sie etwas Unsinniges finanzieren, nehmen Sie einem Bürger Geld weg. Was glauben Sie, wohin die Kosten von einem Unternehmen weiterverrechnet werden, wenn Sie ihnen Steuern wegnehmen? Es bezahlt immer der einfache Bürger. Entweder über höhere Kosten der Unternehmen oder weil Sie ihnen direkt in die Taschen fassen und das Geld rausnehmen. Das sind einfache, arbeitende Bürger. Es ist nicht egal, ob eine Mittelstandsfamilie 7000 Franken verdient oder Steuern zahlt. Sie müssen Disziplin wahren, sie müssen unsinnige Ausgaben stoppen. Das sind Leute, die Probleme haben, Rechnungen zu bezahlen. Alles, was Sie machen, hat Auswirkungen auf die normalen Bürger. Das ist unsozial und unfair. Wenn Sie wirklich für den Mittelstand wären, würden Sie das exzessive Ausgabenwachstum stoppen und die unteren und mittleren Einkommensklassen entlasten. Wir haben heute eine Interpellation eingereicht, in der wir fragen, was es für Auswirkungen hätte, wenn wir die unteren Einkommensklassen um 10 oder 20 Prozent entlasten würden. Das hat wenig Auswirkung auf den Finanzhaushalt. Sobald der Stadtrat uns die Antworten geliefert hat, werden wir Vorstösse einreichen, so dass wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten und den Griff, den Sie als Politiker in die Taschen der Bürger machen, ein wenig abfedern können.

Sven Sobernheim (GLP): Lieber Samuel Balsiger (SVP), wenn ich meine Steuerrechnung, Nebenkostenabrechnung oder Krankenkassenprämien anschau, dann denke ich nie: Verdammte Stadt Zürich, die macht nichts im Gesundheitswesen. Denn der Betrag der Steuerrechnung, der mich am ehesten schmerzt – wobei ich auch etwas dafür bekomme –, ist jener vom Kanton. Geh zu deinem Nationalrat und fordere, er solle etwas gegen hohe Krankenkassenprämien tun, aber halte uns keinen fünfminütigen Vortrag darüber. Unsere Spitäler haben ein Problem und müssen reformiert werden, aber sie sind es nicht, die unsere Krankenkassenprämien in die Höhe treiben.

Samuel Balsiger (SVP): Es ist immer der Staat. Es spielt doch keine Rolle, ob der Stadtrat, der Gemeinderat, der Kanton oder der Bund dem Mittelstand in die Taschen greift und das Geld rauszieht. Das ist mir und jeder Familie, die Probleme hat Rechnungen zu bezahlen, egal. Wenn es 12 Milliarden Franken bis ins Jahr 2040 kostet, hat das Auswirkungen auf den Mittelstand. Der Staat und Sie als Repräsentant des Staates fassen in die Taschen der Bürger. Es ist immer der Staat, der Probleme schafft, und es ist immer der Markt, der Lösungen bringt. Die Rechnung repräsentiert den Griff des Staats in die Taschen des Bürgers. Der Liberalismus schafft Wohlstand. Die linke Politik nimmt den Bürgern Geld weg. Es ist fremdes Geld, dass sie ausgeben; das verstehen Sie nicht.

Walter Angst (AL): Ich erinnere mich gern an die Zeit als Roger Liebi zur Rechnung und den Budgets gesprochen hat: Er hatte halbwegs eine Ahnung, wie sich die Stadt Zürich finanziert. Man ist erstaunt, was die SVP an finanzpolitischer Kompetenz hervorbringt und stellt fest, das ist unterirdisch. In der RPK lernt man ein bisschen, woher das



10 / 15

Geld kommt und wo es ausgegeben wird, und man lernt, warum die linke Stadt Zürich erfolgreich ist und sich gewisse Sachen leisten kann, die andere Gemeindegewesen sich nicht leisten können. Das ist zum Beispiel, weil wir eine Kinderbetreuung finanzieren. Das ist, weil wir eigene Betriebe haben, die auch Erträge erwirtschaften. In absoluter Unkenntnis der Sachlage vorne zu plaudern, ist ein Privileg des Fraktionschefs der SVP.

Marcel Tobler (SP): *Samuel Balsiger (SVP) hat nach Beispielen gefragt: Dänemark hat die Schweiz als wettbewerbsfähigstes Land abgelöst. Das konnten Sie diese Woche in der Zeitung lesen. Dänemark hat eine hohe Staatsquote und die Steuern sind auch relativ nahrhaft, dafür bezahlt man beispielsweise keine Krankenkassengebühren. Es ist das wettbewerbsfähigste Land und dies notabene bei einer 37-Stunden-Woche.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe Geschäft GR Nr. 2022/115, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2021, Beschluss-Nr. 252/2022.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Përparim Avdili (FDP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



11 / 15

Kommissionsreferent Dispositivziffer 3:

Severin Pflüger (FDP): *Die RPK hat in der Mehrheit eine Zustimmung beschlossen und ich beantrage die Zustimmung zu diesem Dispositiv.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 4:

Lisa Diggelmann (SP): *Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF), die 541 Wohnungen an Familien mit mindestens drei Kindern vermietet, hat ihre Rechnung im vergangenen Jahr mit einem Plus von rund 852 000 Franken abgeschlossen. Das sind rund 155 000 Franken mehr als budgetiert, was auf tiefere Kosten und höhere Einnahmen zurückzuführen ist. Insbesondere beim Finanzaufwand sind rund 300 000 Franken mehr budgetiert worden, als sie effektiv benötigt haben. Das Fremdkapital wurde im letzten Jahr aufgrund von Projektanpassungen und terminlichen Verschiebungen nicht gebraucht. Somit lagen die Investitionsausgaben im letzten Jahr bei rund 356 000 Franken. Demgegenüber hat die Stiftung noch eine Schlusszahlung des Abschreibungsbeitrags der Siedlung Manegg in der Höhe von rund 150 000 Franken erhalten. Somit lagen die Nettoinvestitionen bei rund 207 000 Franken und klar unter der budgetierten Summe von 1,6 Millionen Franken. Die Mehrheit der RPK beantragt die Zustimmung zur Dispositivziffer 4 und nimmt die Jahresrechnung der SWkF zur Kenntnis. Zudem lehnt die Mehrheit den Minderheitsantrag, der die ablehnende Kenntnisnahme fordert, ab.*

Johann Widmer (SVP): *Die SVP nimmt die Rechnung ablehnend zur Kenntnis.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird ablehnend zur Kenntnis genommen.



12 / 15

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 112 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 5:

Alan David Sangines (SP): *Die Rechnung 2021 der Stiftung Alterswohnungen (SAW) schliesst mit einem Plus von 159 555 Franken ab. Das sind rund 204 000 Franken mehr, als wir budgetiert haben. Das zweckfreie Eigenkapital steigt damit auf 72,3 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 12,7 Millionen Franken. Die RPK beantragt einstimmig die Zustimmung zur Dispositivziffer 5 und nimmt die Jahresrechnung ab.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



13 / 15

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 6:

Lisa Diggelmann (SP): Die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen (SEW) hatte Ende des Jahres 2021 einen Bestand von 88 Wohnungen und vier Gewerberäumen. Der Gesamtaufwand der Stiftung betrug im letzten Jahr rund 1,8 Millionen Franken. Es resultiert ein Gewinn von rund 48 000 Franken. Der wurde hauptsächlich durch höhere Mieteinnahmen dank der Vergrößerung des Liegenschaftsportfolios und tieferen Auslagen im Bereich der Bewirtschaftung erzielt. Die Nettoinvestitionen betragen im letzten Jahr rund 2,7 Millionen Franken, wobei 20 Millionen Franken budgetiert wurden. Mit den Nettoinvestitionen wurde eine Vorauszahlung für eine gekaufte Liegenschaft verbucht, wofür aber der Besitzanspruch erst per 1. Januar 2022 erfolgte. Der Selbstfinanzierungsgrad, sprich der Anteil der Nettoinvestitionen, die aus eigenen Mitteln finanziert werden können, lag bei 36 Prozent. Budgetiert waren 4 Prozent. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6 und nimmt die Jahresrechnung der SEW zur Kenntnis. Zudem lehnt die Mehrheit der RPK den Minderheitsantrag der ablehnenden Kenntnisnahme ab.

Johann Widmer (SVP): Wir nehmen auch dies ablehnend zur Kenntnis. Ökologisch und bezahlbar sehen wir auf längere Sicht nicht. Ökologisches Wohnen ist teuer; wenn dies bezahlbar sein soll, muss der Staat eingreifen. Das erachten wir nicht als sinnvoll.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.



14 / 15

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 7:

Lisa Diggelmann (SP): Die Rechnung 2021 der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) schliesst mit einem Plus von 6,1 Millionen Franken ab. Das ist rund 1 Million Franken mehr als budgetiert und 500 000 Franken weniger als im letzten Jahr. Zum Rechnungsergebnis beigetragen haben unter anderem die Coronamietzinsreduktionen, die die Stiftung den Mietenden gewährt hat, in der Höhe von rund 1,5 Millionen Franken, aber auch Leerstände im gleichen Mass wie im Vorjahr. Die in den vergangenen zwei Jahren erworbenen Liegenschaften sowie die fertiggestellten Bauprojekte haben im Vergleich zum Vorjahr zu einer Steigerung der Mietzinseinnahmen um rund 3,5 Millionen Franken geführt. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 118 Millionen Franken. Damit liegt die Investitionssumme massiv über den budgetierten 52 Millionen Franken. Im Jahr 2021 wurden sieben Liegenschaften mit insgesamt 67 Wohnungen für total 108 Millionen Franken gekauft. Darunter ist eine Büroliegenschaft an der Schärenmoosstrasse 115/117 in Seebach, die das Potenzial für 80 bis 100 Wohnungen bietet. Der Kauf war unter anderem dank einem städtischen Abschreibungsbeitrag möglich. Damit verfügt die Stiftung PWG über einen Bestand von 166 Liegenschaften mit 2305 Mietobjekten in Zürich. Der Gebäudeversicherungswert des Liegenschaftsportfolios betrug per 31. Dezember 2021 rund 775 Millionen Franken. Die RPK beantragt die einstimmige Zustimmung zur Dispositivziffer 7 und nimmt die Jahresrechnung zur Kenntnis.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Johann Widmer (SVP)

Ausstand: Elisabeth Schoch (FDP), Bruno Wohler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



15 / 15

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2021 der Stadt Zürich werden genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2021 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zu belastenden Jahresverlust von 136 379,65 Franken wird genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2021 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Jahresrechnung 2021 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt wird genehmigt.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 29. Juni 2022 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat